

Demokratie und Wirtschaftsmacht

Referat von Hans-Joachim Schemel im Attac-AK Grundlagen am 16.7.2014

Einleitung: In der Demokratie befindet sich der allgemeine Wille der Bevölkerung an der Macht – so jedenfalls ist Demokratie definiert. Wie verhält sich dieser „allgemeine Wille“ zur Macht der Wirtschaft? In Zeiten der neoliberalen Globalisierung (offene Märkte) gibt es eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen dem „allgemeinen Willen“ und der Wirtschaft, die ihre Macht aus der Angst der Mittelschicht vor Verarmung zieht. Welchen Ausweg gibt es aus dieser unheilvollen Übereinkunft“?

Gliederung:

1. Wie funktioniert Macht in der Demokratie?
2. Die Macht der Wirtschaft und die Angst der Mittelschicht
3. Exkurs: Die „neoliberale Wende“
4. Zur Abhängigkeit der Demokratie von einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft
5. Zur Bedrohung der Demokratie durch die neoliberale Globalisierung
6. Zusammenfassende Thesen
7. Was könnten diese Überlegungen für Attac bedeuten?

Vorausschicken möchte ich folgende Bemerkung: Ich werde in meinem Referat eine schonungslose Analyse vornehmen. Das soll uns nicht etwa in die Resignation treiben. Vielmehr ist es meine Absicht, Klarheit zu schaffen, damit wir in unserer Arbeit bei Attac den richtigen Ansatz finden, um die Welt zu verbessern. Eine schonungslose Analyse hilft uns vielleicht dabei, die richtigen Ansatzpunkte zu finden, wo und wie die ungerechten Verhältnisse in unserer Welt bekämpft werden können und wie unsere auf wackligen und allzu schwachen Füßen stehende Demokratie verteidigt und weiterentwickelt werden kann.

1. Wie funktioniert Macht in der Demokratie?

In der Demokratie übt laut demokratischem Selbstverständnis das Volk die Macht aus. In der Demokratie ist geregelt, auf welche Weise der Wille der Bevölkerung ermittelt und umgesetzt wird. Die Demokratie regelt also keine politischen Inhalte (etwa die Ausprägung des Sozialstaatsprinzips), sondern Verfahrensweisen, wie die Ausübung der Macht des Volkes organisiert ist.

Wie wird in unserer Demokratie regiert? Anders gefragt: wer in der Gesellschaft verfügt über so viel Macht, dass sein Wille in nennenswertem Maße das Regierungshandeln (das Erlassen von Gesetzen, relevante Regierungsentscheidungen) beeinflusst?

Zunächst muss unterschieden werden zwischen der offiziellen und der inoffiziellen Sphäre von Macht. **Offiziell** liegt die Gestaltungsmacht in unserer Demokratie in Händen der Partei (bzw. der Parteien), die nach einer Wahl die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt und dementsprechend sowohl den Bundestag (Legislative) dominiert als auch die Regierung (Exekutive) stellt. Die Judikative in Gestalt der Verwaltungsgerichte und des Bundesverfassungsgerichts wacht in strittigen Fällen darüber, dass von der Regierung und dem Parlament die bestehenden Gesetze bzw. das Grundgesetz eingehalten werden.

Inoffiziell liegt die Macht bei den gesellschaftlichen Gruppen, die am meisten in der Lage sind, den Wählerwillen zu beeinflussen. Warum? Weil Politiker ein

existenzielles Interesse daran haben, ihre Gestaltungsmacht zu erhalten bzw. zu erlangen. Denn sie sind als gewählte Delegierte des Volkswillens der Überzeugung, dass sie wissen, was gut ist für die Bevölkerung – immer jedoch brauchen sie die nur durch Wahl (auf kommunaler, Länder- und Bundesebene) erreichbare Bestätigung, dass sie mit dieser Überzeugung richtig liegen. Zwischen den Wahlen achten Politiker auf die Stimmung in der Bevölkerung, die sich aus Meinungsbefragungen, Medienkommentaren, Demonstrationen und anderen Reaktionen der Bevölkerung auf das Regierungshandeln ablesen lässt. Somit sind die Politiker gehalten, sich gegenüber der Bevölkerung für ihr Tun und Unterlassen zu rechtfertigen - und die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dieser Rechtfertigung entscheidet darüber, ob ihnen eine Wiederwahl gelingt.

Die einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen gewinnen ihren Einfluss also über die Möglichkeit, viele Menschen zu erreichen und davon zu überzeugen, dass die von ihnen (den Gruppen) vertretenen Positionen auch im Interesse dieser Menschen liegen. Je höher die vermeintliche oder tatsächliche Übereinstimmung zwischen den Interessen einer dieser gesellschaftlichen Gruppen und den Interessen der Mehrheit ist, desto größer ist die Macht dieser Gruppe. Eine solche Gruppe kann den Politikern das Wohlwollen der potenziellen Wähler entziehen, die sich in ihren eigenen Interessen durch diese Gruppe vertreten fühlen. In dieser Möglichkeit, den Wählerwillen zu beeinflussen, liegt die Macht der kampagnenfähigen Gruppen. Sie verfügen also über ein Drohpotenzial, das sie immer dann aktivieren, wenn Politiker eine ihren Interessen und Anliegen entgegenlaufende Politik betreiben. Ich denke hier z.B. an Wirtschaftsverbände, an Gewerkschaften, an den ADAC, an Umweltverbände - und auch an ATTAC. Natürlich gibt es große Unterschiede in der Größe der Anhängerschaft der Gruppen und damit auch in der Resonanz ihrer Positionen. Hinsichtlich der öffentlichen Resonanz spielen die Medien natürlich eine wichtige Rolle. Festzuhalten ist: die Inhaber der offiziellen politischen Macht sind abhängig von den Vertretern der inoffiziellen politischen Kräfte.

Wie gelingt es den Inhabern der inoffiziellen Macht, von vielen Menschen als Vertreter ihrer eigenen partiellen Anliegen bzw. des Gemeinwohls anerkannt zu werden?

Dazu gehören zwei Fähigkeiten: Erstens plausibel zu machen, dass sie menschliche Bedürfnisse befriedigen wollen, die elementar sind. Elementar ist das Bedürfnis, materiell sorgenfrei leben zu können (also Arbeit zu haben und nicht in Not zu geraten). Und zweitens verstehen sie es, glaubhaft zu machen, dass sie einen gangbaren Weg hin zur allgemeinen Befriedigung dieser elementaren Bedürfnisse kennen und gehen können.

Mit dem Angebot dieser Fähigkeiten erreichen sie nicht alle Menschen auf gleiche Weise. In erster Linie erreichen sie damit Menschen, für die solche elementaren Bedürfnisse nur unter der Voraussetzung erfüllbar sind, dass sie einer hinreichend bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen können – im Unterschied zu Menschen, die bei der Erfüllung dieser Bedürfnisse nicht auf einen Arbeitsplatz angewiesen sind, weil sie über hinreichende Zinseinkünfte aus gut angelegtem Kapital verfügen. Wir müssen also die Gruppe der potenziell absturzgefährdeten Menschen auseinanderhalten von der (sehr kleinen) Gruppe der Menschen, die keinen Absturz fürchten, weil ihr materieller Wohlstand gut genug abgesichert ist. Bei Letzteren, auf die ich nicht weiter eingehen werde, beschränkt sich das Interesse an Politik auf die Verteidigung ihrer privilegierten Lebenssituation. Sie unterstützen politische Kräfte,

die sich für günstige Bedingungen zur Erhaltung und Mehrung ihres Vermögens einsetzen.

Wenn wir von der Gefährdung unserer Demokratie sprechen, dann müssen wir eine wichtige Unterscheidung treffen: erstens die Gefährdung, die sich aus der Abhängigkeit von elementaren Bedürfnissen herleitet – darauf gehe ich in diesem Referat ein - und zweitens die Gefährdung als Folge einer unauflösbaren Bindung an irgendwann von einer Regierung eingegangene rechtliche Verpflichtungen. Mit der letztgenannten Gefährdung meine ich Fälle, in denen sich ein Staat irgendwann einmal durch Verträge mit supranationalen Institutionen wie der WTO freiwillig an Regeln gebunden hat, die der Regierung verbieten, den sich inzwischen veränderten Mehrheitswillen seiner Bevölkerung zu vollziehen. Ich denke hierbei speziell an die Staaten, die sich vertraglich zur Öffnung ihrer Märkte für den Freihandel verpflichtet haben – ohne die Möglichkeit zu haben, aus dieser Verpflichtung wieder entlassen zu werden. Diese formale Aushebelung von Demokratie aufgrund fehlender Ausstiegsmöglichkeiten aus geschlossenen Verträgen möchte ich in diesem Referat nicht weiter vertiefen.

2. Die Macht der Wirtschaft und die Angst der Mittelschicht

Je mehr die allgemeine volkswirtschaftliche Situation zu Massenarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen tendiert und je mehr sich von dieser Tendenz die Mittelschicht von Absturz bedroht fühlt, desto mehr Gewicht gewinnt das Bedürfnis nach materieller Sicherheit. Damit erhält die Gruppe den größten Einfluss auf die Politik, die glaubhaft machen kann, dass sie über das Wissen und die Mittel verfügt, die Bevölkerungsmehrheit vor drohenden Notlagen zu beschützen.

Ein unbestimmtes aber besonders wichtiges Wort im letzten Satz ist „glaubhaft“. Wie kann eine gesellschaftliche Gruppe erreichen, dass ihr die meisten Menschen die Fähigkeit zur Abwehr drohender Notlagen glauben? Hier nun kommen zwei Instrumente politischen Agierens ins Spiel, die gekonnt anzuwenden sind, damit ein solcher Glaube, ein solches Vertrauen entstehen kann. Diese Instrumente sind der Einsatz von Expertenwissen in Kombination mit dem Einsatz von Medien.

Die Wirtschaftsverbände, die als Interessengruppe ihren gigantischen politischen Einfluss auf das Wohlstandsversprechen gründen, benutzen diese Instrumente mit einer wissenschaftlich-medialen Doppelstrategie: sie berufen sich auf Expertenwissen aus Universitäten und privaten Denkfabriken. Dieses Wissen transportieren sie gekonnt über die Medien. Das „Wissen“, das mit ihren Interessen konform geht, ist die neoklassische („neoliberale“, „marktradikale“) Theorie: die demokratische Politik sei mit der Aufgabe überfordert, einer hoch komplexen Gesellschaft die Richtung ihrer Entwicklung vorzugeben. Da es kein objektives Kriterium für „richtige Politik“ gäbe, sei die Politik den um Einfluss kämpfenden Partialinteressen ausgeliefert. Welche Partialinteressen sich in diesem Kampf durchsetzen, habe nichts mit dem Wohl der Allgemeinheit zu tun. Es gäbe nur eine Institution, die allgemein zustimmungsfähig sei, weil sie auf dem Prinzip Leistung beruhe: der Markt. Seine zur Selbstregulierung fähigen Mechanismen führten automatisch zu allgemeinem Wohlstand – so lange der Staat nicht in diese Mechanismen eingreife und ihr Funktionieren störe.

Diese marktradikale Ideologie hat die letzten dreißig bis vierzig Jahre beherrscht und beginnt seit der Finanzkrise zu bröckeln. In der praktischen Politik ist man

verunsichert und im öffentlichen Diskurs beruft sich nach meiner Beobachtung kaum noch jemand auf die Theorie, der freie Markt regle alles besser als der Staat. Diese Theorie und ihre Versatzstücke wirken jedoch in der politischen Beratung weiter, weil sich an den Universitäten bisher noch keine neue Theorie bzw. Ideologie etablieren konnte.

Die öffentliche Debatte ist von einfachen Überlegungen geprägt. Es geht in den politischen Entscheidungsprozessen vorwiegend um die Frage, wie sich eine geplante gesetzgeberische Maßnahme auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirken wird. Das Arbeitsplatzargument ist ohne Zweifel das Argument, das bei der Bevölkerung in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und der nur kurzfristigen, prekären Beschäftigungen die größte Beachtung erfährt. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein Schreckgespenst, das bei fast allen Menschen – gerade auch in der Mittelschicht - große Ängste hervorruft.

3. Exkurs: Die „neoliberale Wende“

Die Nachkriegszeit bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts war in Westdeutschland gekennzeichnet von rasanter Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft – verbunden mit Vollbeschäftigung und steigenden Löhnen. Die Menschen merkten, dass es wirtschaftlich „Berg auf“ geht. Die gute Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft mit ihrer steigenden Produktivität erlaubte eine sozial relativ ausgewogene Wirtschaftspolitik: Bis in die achtziger Jahre hinein wurden wichtige soziale und (später auch) umweltbezogene Gesetze erlassen. Dies geschah zu Lasten von Unternehmergewinnen. Teile der erwirtschafteten Erträge wurden nach politischen Gesichtspunkten umverteilt, ohne dass dadurch die Wirtschaft in nennenswerte Schwierigkeiten geriet. Auch solche Teile der Bevölkerung konnten also am Wohlstand partizipieren, die sich am Markt nicht oder nur schwer behaupten konnten. Die sozial-ökologische Komponente der Marktwirtschaft konnte Schritt halten mit dem Wachstum des (in BIP gemessenen) Wohlstands.

Das änderte sich in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem Auftreten von wachsender Massenarbeitslosigkeit. Die Löhne stiegen nicht mehr und prekäre Beschäftigungsverhältnisse breiteten sich aus. Einige soziale Errungenschaften gerieten in die Gefahr, unbezahlbar zu werden. Was war geschehen?

Mit der Öffnung der Grenzen für Güter und Dienstleistungen gerieten die Unternehmen der Industriestaaten unter den Stress eines offenen Weltmarktes. Die neoliberale Globalisierung entfaltete ihre ökonomische Wirkung. Der Freihandel erlaubte es dem einzelnen Land nicht mehr, die eigene Wirtschaft durch Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrskontrollen vor Unternehmen zu schützen, die einen Wettbewerbsvorteil aus niedrigen Lohnkosten, niedrigen Sozialstandards und niedrigen Unternehmenssteuern ziehen konnten. Daher verlagerten viele Unternehmen große Teile ihrer (vor allem arbeitsintensiven) Produktion in solche unternehmerfreundliche Wirtschaftsstandorte (wie Osteuropa, China etc.). Die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer und die durch die gestiegene Produktivität eingesparten Arbeitsplätze führten zu Massenarbeitslosigkeit und zu einem enormen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Damals galt Deutschland als „Schlusslicht Europas“.

Um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ für Unternehmer und Investoren, die Arbeitsplätze im Land halten bzw. ins Land bringen, attraktiv zu machen, wurden die Bedingungen für Unternehmer systematisch verbessert: Herabsetzung der Unternehmenssteuern, Verringerung der Arbeitskosten (keine Lohnerhöhungen), Zurückschrauben der sozialen Absicherung. Dahinter stand die Überlegung: um einer drohenden, durch die Globalisierung hervorgerufenen De-Industrialisierung und dem daraus folgenden dauerhaften Arbeitsplatzabbau zu entgehen, der auch (wegen der entgangenen Steuereinnahmen) einen Sozialkalkuschlag nach sich ziehen würde, ist es notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu stärken.

Inzwischen ist in Deutschland die Massenarbeitslosigkeit von über fünf Millionen auf weniger als drei Millionen Arbeitslose zurückgegangen. Man spricht über Deutschland als „Exportweltmeister“ und „Konjunkturlokomotive“. Der Abbau des Sozialstaates wurde aufgehalten. Europäische Länder des Südens, in denen das Lohnniveau und die soziale Absicherung nicht durch eine entsprechende volkswirtschaftliche Produktivität gedeckt sind, leiden unter Außenhandelsdefiziten und hoher Staatsverschuldung. Sie sind hinsichtlich ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit ins Hintertreffen geraten.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen: Nur ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort verfügt über genug Kraft, dem globalisierungsbedingten Druck auf die Unternehmen zu widerstehen. Eine gesunde Wirtschaft ist die Voraussetzung dafür, eine anspruchsvolle soziale Komponente der Marktwirtschaft aufrecht erhalten zu können.

Wir müssen davon ausgehen, dass auf Dauer eine Demokratie nur überleben kann, wenn der Marktwirtschaft ihre sozial-ökologische Komponente nicht genommen wird. Ohne diese sozialökonomische Komponente des Marktes verliert die Demokratie mehr und mehr an Akzeptanz. Denn der ungezähmte Markt, der die Kluft zwischen wenigen Reichen und vielen Armen immer mehr vertieft, zerstört den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens. Daher besteht eine auf das Gemeinwohl abzielende Politik darin, für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sorgen. Denn nur so kann der soziale Ausgleich (geringe Arbeitslosigkeit und ein funktionierendes System der sozialen Sicherung) gelingen. Darauf wird im folgenden näher eingegangen..

4. Zur Abhängigkeit der Demokratie von einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft

Die krasse Ungleichheit des gesellschaftlichen Reichtums und die Macht, die aus dieser Ungleichheit den erfolgreichsten Unternehmen wächst, werden für eine Gesellschaft dann (und nur dann) zum Problem,

- wenn dem großen Reichtum einer kleinen Gruppe eine unerträgliche Armut und Arbeitslosigkeit sehr vieler Menschen gegenübersteht,
- wenn die mit dem Reichtum verbundene Machtausübung zur Verelendung der vielen Menschen führt oder in hohem Maße dazu beiträgt,
- wenn Menschenrechte durch den Einsatz wirtschaftlicher Macht gebrochen oder untergraben werden.

Die Demokratie ist auf eine auch in Zeiten der neoliberalen Globalisierung funktionierende Wirtschaft angewiesen. Eine Demokratie verliert ihre Anhänger, wenn demokratisch gewählte Politiker nicht in der Lage sind, drohende wirtschaftliche Not von dem größten Teil der Bevölkerung fernzuhalten. Auch Diktaturen verlieren übrigens ihre Anhänger, wenn sie das nicht schaffen. Darauf

deuten der „Arabischer Frühling“ und andere Aufstände hin. Dort wird noch Demokratie mit einem Wohlstandsversprechen verbunden. Wir wissen, dass das nicht so einfach ist.

Die Vertreter der neoliberalen Denkschule verbreiten die Lehre von einem freien, nicht von „sozialen Fesseln“ behinderten Markt als Bedingung für die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit als Bedingung für Wohlstand. Angesichts etlicher Gesetze, die heute in Deutschland und in Europa dem Markt noch Beschränkungen auferlegen, ist der Neoliberalismus weniger als ein Zustand und mehr als eine Tendenz zu sehen. Es ist der Versuch, die Marktkräfte von möglichst vielen staatlichen Interventionen zu „befreien“, also den Staat und seine sozial und ökologisch motivierten Regelungen zurückzudrängen durch Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung (Freihandel).

Das Ziel der Effizienzsteigerung (gemessen an der Menge der erzeugten Güter und Dienstleistungen) wird verabsolutiert, also losgelöst von anderen wirtschaftlichen Zielen, die in Richtung Wohlfahrt und nachhaltigen Wohlstand für alle gehen. Die Verabsolutierung der Effizienz hat einen ökonomischen Darwinismus zur Folge: der Stärkste am Markt setzt sich durch zu Lasten des Schwächeren. Der freie Markt läuft daher zwangsläufig auf eine Spaltung der Gesellschaft in wenige Reiche und sehr viele Arme hinaus. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört zu den Verlierern eines entfesselten Marktes.

Dieser neoliberalen Denkschule setzen wir unsere Vorstellung entgegen, dass die Wirtschaft politisch vorgegebene Rahmenbedingungen braucht, damit der erwirtschaftete Wohlstand nicht allein nach Marktkräften, sondern nach demokratisch beschlossenen Regeln verteilt wird und so dem Wohle Aller dient.

Gruppen und Parteien, die das Versagen des Neoliberalismus (das unerträgliche Auseinanderklaffen von Arm und Reich) anprangern, werden bei der Bevölkerungsmehrheit nur dann ernst genommen, wenn sie eine glaubhafte Alternative zur gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftsordnung anbieten können. Glaubhaft sind bei uns nur Konzepte der Marktähmung, die den Wohlstand der Mittelschicht nicht gefährden. Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit, höheren Löhnen, weniger Arbeitszeit etc. sind so lange keine ernst zu nehmenden politischen Konzepte, wie diese Forderungen nicht verknüpft sind mit einer überzeugenden Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

5. Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonforme Marktwirtschaft?

Wir leben zurzeit in einer Marktwirtschaft mit weltweit geöffneten Märkten, die einen ungeschützten globalen Wettbewerb zulassen. Diese Situation wird mit „neoliberaler Globalisierung“ bezeichnet. Die Unternehmen handeln global, während die Wirkung demokratischer Politik bei uns auf nationale Räume bzw. auf Europa beschränkt bleibt. Es ist somit nicht möglich, den global agierenden Unternehmen wirksame Rahmenbedingungen ihres Wirtschaftens vorzugeben.

Meine These lautet: Es gibt folgende **unausgesprochene Übereinkunft** zwischen Bevölkerung und Wirtschaft: „**Der Wirtschaftselite die Macht, dem Volk materieller Wohlstand bzw. Schutz vor Verarmung**“. Es gibt dieses stillschweigende Übereinkommen, weil es (noch) die neoliberale Globalisierung gibt mit einem weltweiten Standortwettbewerb, der die Wirtschaftsräume zwingt, alles zu

unterlassen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft gefährden könnte. So lange nicht die offenen Märkte im Sinne einer weltweiten Regionalisierung gezähmt sind, muss sich die Politik den (selbst geschaffenen) Sachzwängen der Marktgesetze fügen. Das bedeutet: sie darf keinen Sand ins wirtschaftliche Getriebe streuen, der dieses Getriebe nennenswert stört.

Es geht um die Frage, ob bei uns eine marktkonforme Demokratie oder eine demokratiekonforme Marktwirtschaft herrscht – und was wir in Zeiten der neoliberalen Globalisierung erwarten können.

Die Rede von einer „**demokratiekonformen Marktwirtschaft**“ geht von dem absoluten Primat demokratischer Politik aus, postuliert also die Funktionsfähigkeit von Demokratie unabhängig von der wirtschaftlichen Situation. Demokratisch gewählte Politiker können also auch solche z.B. soziale Gesetze erlassen, die eine ernsthafte Gefährdung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zur Folge haben.

Die Rede von einer „**marktkonformen Demokratie**“ geht hingegen davon aus, dass eine Demokratie sich den „Gesetzen des Marktes“ unterzuordnen habe, weil nur mit einer weitgehend freien Marktwirtschaft das primäre Interesse der Bevölkerung nach Wohlstand (Abwehr von materieller Not) zu erfüllen sei. Regeln, die das Marktgeschehen im Sinne von sozialen und ökologischen Anliegen steuern, stoßen dort an ihre Grenzen, wo sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in erheblichem Maße schwächen.

In meiner soeben formulierten These behaupte ich, dass in Zeiten der neoliberalen Globalisierung, also bei global offenen Märkten, eine Demokratie nur dann überleben kann, wenn sie marktkonform ist. Diese Marktkonformität bedeutet jedoch nicht unbedingt die Totalherrschaft der Wirtschaft.

Die Marktkonformität erlaubt den Politikern durchaus, auch Gesetze zu erlassen, die von den Vertretern der Wirtschaft abgelehnt werden (Beispiel Mindestlohn, Atomausstieg etc.). Trotz ihrer Machtfülle muss die Wirtschaft sozial und ökologisch motivierte Regeln hinnehmen, die ihre Gewinnaussichten schmälern. Aber diese sozial-ökologischen Spielräume gibt es nur, so lange die wirtschaftliche Gesamtsituation einigermaßen entspannt ist. Das ist zum Beispiel zurzeit in Deutschland der Fall. Der Grund: in unseren wirtschaftlich ruhigen Zeiten hält sich die Macht der Wirtschaftselite in Grenzen, weil sich die Angst der Mittelschicht vor dem Absturz in Grenzen hält. Denn die Macht der Wirtschaftselite speist sich aus der Angst der Mittelschicht vor ihrem Absturz. In wirtschaftlich guten Zeiten gerät die Wettbewerbsfähigkeit der maßgebenden global agierenden Unternehmen und Branchen nicht wirklich in Gefahr durch sozial motivierte Regeln, die für die Unternehmen schmerzhaft sind.

So lange sich die Angst der Mittelschicht vor dem Absturz durch eine relativ gute wirtschaftliche Situation beruhigen lässt, fehlt den Vertretern der Wirtschaft also die grenzenlose Macht, um demokratisch gewählte Politiker durch die Drohung mit Abwanderung und Arbeitsplatzverlusten erfolgreich unter Druck setzen und sich gefügig machen zu können. Ihre Macht greift nur insoweit, dass sie der Politik den Rahmen vorgibt, wie oben bereits beschrieben wurde: nur solche sozialen und ökologischen Regeln sind von der Wirtschaft zu tolerieren, die die globale

Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht gefährden. Die Abhängigkeit von der Wirtschaft bleibt – nur einige Spielräume des politischen Willens können noch genutzt werden.

Die nackte Totalherrschaft der Wirtschaftselite wird erst dann real, wenn eine schwere wirtschaftliche Krise droht. In Griechenland und anderen Krisenländern ist die Demokratie ernsthaft bedroht. Hier sind die ohnehin geringen Entscheidungsspielräume der Politik durch das Diktat der Finanzmärkte (vertreten durch die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission) fast völlig weggeschmolzen. Auf nationaler Ebene droht die Alleinherrschaft einer Clique von Oligarchen – nicht nur in Griechenland, auch in der Ukraine und anderen Staaten, die am wirtschaftlichen Abgrund stehen.

Das bedeutet für die Politik in Zeiten der neoliberalen Globalisierung: Es muss große Aufmerksamkeit darauf gewendet werden, dass die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten bleibt. Denn diese Wettbewerbsfähigkeit ist eine fundamentale Voraussetzung für den Erhalt unserer Demokratie.

Den Zwang, unter den die demokratische Politik durch die offenen Märkte geraten ist, sieht z.B. auch der bedeutende Ökonom Horst Afheldt, der in der Regionalisierung das einzige Mittel sieht, dass die Staaten Europas ihre Demokratie aufrecht erhalten, also selbst über ihr Schicksal entscheiden können – auch gegen die sog. „Gesetze des Marktes“. Er schreibt: „Entweder Demokratie oder grenzenloser Freihandel“ (Horst Afheldt: Anpassung an die neoliberale Globalisierung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2001) Mit anderen Worten: Eine demokratiekonforme Marktwirtschaft – also der Primat der Politik über die Wirtschaft – ist nur erreichbar, wenn es gelingt, die neoliberale Globalisierung mit ihrem weltweiten Freihandel zu überwinden. Die Märkte der Großregionen sind nicht mehr offen, der Außenhandel und der globale Kapitalverkehr sind dann demokratisch beschlossenen Regeln unterworfen.

6. Zusammenfassende Thesen

Ich möchte meine Bemerkungen über den Zusammenhang von Wirtschaftsmacht und Demokratie in folgenden vier Thesen zusammenfassen:

- Wenn demokratisch gewählte Politiker nicht in der Lage sind, drohende wirtschaftliche Not vom größten Teil der Bevölkerung fernzuhalten, ist die Demokratie am Ende. Demokratie ist abhängig von einer funktionierenden, d.h. wettbewerbsfähigen Wirtschaft.
- Es gibt ein stillschweigendes (nie offen ausgesprochenes) Übereinkommen in unserer Gesellschaft, das wie folgt lautet: „Der Wirtschaftselite die Macht, dem Volk wirtschaftlicher Wohlstand bzw. Schutz vor Verarmung“ Es gibt dieses stillschweigende Übereinkommen, weil es (noch) die neoliberale Globalisierung gibt.
- Die Macht der Wirtschaftselite speist sich aus der Angst der Mittelschicht vor ihrem Absturz. In ruhigen Zeiten (etwa in Deutschland – anders in Griechenland, Italien etc.) hält sich die Angst vor dem Absturz noch in Grenzen – und damit auch die Macht der Wirtschaftselite. Diese Macht wächst

mit der Größe von Wirtschaftskrisen und kann zur Totalherrschaft dieser Elite führen.

- Wenn wir unsere Demokratie erhalten wollen, lassen sich Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit also nur so weit realisieren, wie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des im globalen Wettbewerb stehenden Standorts dadurch nicht ernsthaft infrage gestellt wird. In Zeiten der neoliberalen Globalisierung ist also nur eine wirtschaftskonforme Demokratie denkbar – keine demokratiekonforme Wirtschaft.
- Auch die wirtschaftskonforme Demokratie lässt uns noch etliche Spielräume, um die Verhältnisse im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit zu verbessern – jedenfalls in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität. Wir sollten uns also dessen bewusst sein, dass auf absehbare Zeit aus den genannten Gründen die Spielräume für mehr soziale Gerechtigkeit begrenzt sind.

7. Was könnten diese Überlegungen für Attac bedeuten?

In einem Diskussionsforum von Attac-München wurde kürzlich eine bedenkenswerte Auffassung von Ingolfur Blühdorn zustimmend zitiert. In seinem Buch „Simulative Demokratie“ vertritt der Autor die Position, die Demokratie sei ein Instrument der Emanzipation, Ermächtigung und Gleichstellung der Natur und bisher unterprivilegierter sozialer Gruppen. Er verknüpft also die Staatsform Demokratie mit bestimmten politischen Inhalten. Das halte ich für problematisch.

Wenn wir das Funktionieren der Demokratie davon abhängig machen, dass in ihr anspruchsvolle soziale und ökologische Standards gesetzt werden, dann müssen wir in Zeiten der neoliberalen Globalisierung an der Demokratie verzweifeln. Dann stellt sich im Zusammenhang mit der Klage über den Sozialabbau unausweichlich die Frage, ob wir uns in Deutschland überhaupt noch in einer Demokratie befinden.

Wie aus meinen bisherigen Ausführungen hervorgegangen ist, vertrete ich eine andere Position, indem ich Demokratie als Verfahren verstehe, das den Willen der Bevölkerung auf die eine oder andere Weise erfasst und in politische Praxis umsetzt. Davon unterscheide ich deutlich den Inhalt des Willens der Bevölkerung, die soziale und ökologische Ziele mehr oder weniger wichtig nimmt.

Bei Attac-München engagieren wir uns zurzeit in einer Kampagne schwerpunktmäßig auf die Abwehr von TTIP und ähnlichen geplanten Freihandelsabkommen, die den Abbau sozialer und ökologischer Standards zur Folge haben. In dieser Kampagne geht es darum, die Bevölkerung Deutschlands auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen, sie für die damit verbundenen Gefahren zu sensibilisieren und die politischen Entscheidungsträger in den Parteien dazu zu motivieren, bei der Abstimmung mit ihrem Votum diese Abkommen zu verhindern. Es geht uns also um Inhalte, die in der Demokratie kontrovers gesehen werden, und wir nutzen die demokratischen Spielregeln dazu, Einfluss in unserem Sinne zu nehmen.

Es gibt innerhalb von Attac auch Initiativen, die sich auf eine Verbesserung der demokratischen Verfahrensweisen beziehen. Zum Beispiel setzen wir uns für mehr Formen der direkten Demokratie ein, etwa für Bürgerentscheide auf nationaler Ebene. Oder wir fordern mehr Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen, mehr Kontrolle der Lobbyisten.

Wir müssen beachten: Wenn wir unser Engagement für anspruchsvollere Ziele nicht deutlich unterscheiden von unserem Engagement für anspruchsvollere demokratische Verfahrensweisen, dann sind wir unklar und werden nicht verstanden – mehr noch: dann riskieren wir Demokratiemüdigkeit bis hin zur Demokratieverdrossenheit. Das läuft nicht nur unseren inhaltlichen politischen Zielen zuwider, sondern auch unserer Überzeugung, dass es keine bessere Staatsform als die Demokratie gibt. Es lohnt sich, für die Erhaltung der Demokratie und in ihrem Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Nachhaltigkeit zu kämpfen.

Schlussbemerkung: Mehrmals habe ich die neoliberale Globalisierung als Ursache für den Verlust des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaftselite genannt. Diese neoliberale Globalisierung ist kein Schicksal, dem wir wehrlos ausgeliefert sind. Europa als ein Bündnis demokratischer Staaten kann Teil einer weltweiten Regionalisierung werden – und damit die Überwindung der neoliberalen Globalisierung möglich machen. Wir brauchen die Großregion Europa, also eine Europäische Union, in der die Politik stark genug ist, den global agierenden Unternehmen Grenzen zu setzen - etwa in Form von Zöllen, Kontingenten und Kapitalverkehrskontrollen. Erst wenn auf diese Weise die Übermacht der Wirtschaft gebrochen ist, kann die Politik hohe soziale und ökologische Standards in der Gesellschaft durchsetzen. Denn dann ist sie nicht mehr durch Kapitalflucht und Produktionsverlagerungen erpressbar. Die Großregion Europa soll nicht zentral gesteuert, sondern nach dem Subsidiaritätsprinzip möglichst dezentral organisiert sein. So kann eine Demokratie gestaltet werden, die möglichst viele Elemente der direkten Demokratie enthält und in der Parteien und am Gemeinwohl orientierte Gruppen der Zivilgesellschaft gemeinsam die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen.